



*Die Zukunft des Lehrberufs*

# Resolution zur Gestaltung des Lehrberufs im 21. Jahrhundert

Angenommen auf der EGBW-Sonderkonferenz, der regionalen Sonderkonferenz der  
Bildungsinternationalen in Wien vom 26. - 27. November 2014

Zusätzlich zur und übereinstimmend mit der [Resolution zur Zukunft des Lehrberufs](#) und dem auf dem 6. BI-Kongress in Kapstadt 2011 angenommenen [BI-Strategiepapier zum Bildungswesen](#), der von der EGBW-Konferenz 2012 in Budapest verabschiedeten [Resolution zum Lehrberuf](#), dem [EGBW-Strategiepapier 'Lehrerausbildung in Europa'](#) sowie anderen bereits vorliegenden EGBW-Strategiepapieren

stellt die EGBW-Sonderkonferenz vom 26. - 27. November 2014 in Wien fest:

**1. Bildung – ein Menschenrecht und ein öffentliches Gut**

Bildung ist ein Menschenrecht und ein öffentliches Gut. Innovative und hochwertige Bildung für alle ist für den sozialen Zusammenhalt und die Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte in unserer modernen Welt unabdingbar und beruht auf einer hohen Wertschätzung des Lehrberufs.

**2. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise**

Der Lehrberuf hat in vielen Ländern Europas an Attraktivität verloren und seine soziale Lage hat sich insbesondere während der Jahre der Wirtschafts- und Finanzkrise verschlechtert. Diese Entwicklung und der damit verbundene Mangel an qualifizierten Lehrkräften haben weitreichende Folgen für die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung. In vielen Staaten wirken sich die Kürzungen der Bildungsetats äußerst nachteilig auf Arbeitsentgelt, Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit von Lehrkräften aus. Dies beeinträchtigt sowohl Attraktivität und Zukunft des Lehrberufs als auch die demokratische und nachhaltige Entwicklung qualitativ hochwertigerer Bildungsangebote.

**3. Kampagne „Gute Bildung“**

Europäische Bildungsgewerkschaften intensivieren ihre Maßnahmen und Aktivitäten, für den Kampf für hochwertige Bildung. Mit Blick auf die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Lehrberuf konzentrieren sich die Europäische Union und der Europarat ebenfalls zunehmend auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität, die Entwicklung einer hochwertigeren Lehrerausbildung und die Anhebung von Standards im Unterrichtswesen.

## Die Zukunft des Lehrberufs

### 4. Die Bedeutung des **sozialen Dialogs in der Bildung**

Es ist äußerst wichtig, dass Regierungen Bildungsgewerkschaften und Arbeitgeber im Bildungswesen als gleichwertige Partner bei der Gestaltung der Bildungssysteme anerkennen. Diese bringen eine unabhängige professionelle Sichtweise ein und sind dem gemeinsamen Ziel der Verwirklichung erfolgreicher Bildungssysteme in der Zukunft verpflichtet.

### 5. **IKT im Bildungswesen**

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) liefern neue Möglichkeiten dafür, die Qualität der Bildung zu bereichern und zu verbessern. Bildungsgewerkschaften können dazu beitragen, eine politische Vision zu entwickeln und die Zukunft einer wirksamen IKT-Nutzung in Schulen, Fachhochschulen und Universitäten fördern, indem sie dafür sorgen, dass eine solche Nutzung den Lernanforderungen von Schülern und Studierenden verschiedener Studienebenen und Bildungsbereiche entspricht<sup>1</sup>.

### 6. Öffentlich-private Partnerschaften und die **Privatisierung von Bildung**

Die durch Unternehmerinteressen propagierte zunehmende Privatisierung von potenziell profitablen Bildungsdienstleistungen gefährdet die öffentliche Versorgung mit Bildung<sup>2</sup>. Das gewinnorientierte Ausnutzen potenziell nützlicher Änderungen in der Bildungspraxis durch den pädagogischen Einsatz von IKT bei der beruflichen Fort- und Weiterbildung Lehrerausbildung, Entwicklung der Lehrmittel und neuer Lehrpläne sowie Prüfungstools ist oftmals die erste Priorität zahlreicher privater Anbieter im Bildungswesen und wird von vielen Arbeitgebern im Bildungswesen unterstützt. Dadurch wird ihr sehr eingeschränkter Blickwinkel in Bezug auf den Zweck der Bildung deutlich.

### 7. **Chancengleichheit**

In einigen Ländern Europas arbeiten weibliche Lehrkräfte überwiegend mit den jüngsten Schülerinnen und Schülern und verdienen weniger als jene, die mit älteren Schülerinnen und Schülern arbeiten und überwiegend männlich sind. Doch nach der Gesetzgebung der Europäischen Union sollten weibliche Lehrkräfte für dieselbe oder gleichwertige Arbeit dieselbe Vergütung erhalten. Tarifverhandlungen und Tarifverträge sind wichtige Instrumente zur Sicherstellung einer einheitlichen Entlohnung aller Beschäftigten im Bildungswesen<sup>3</sup>, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Religion oder Glaube, ethnischer Herkunft oder Behinderung. Es ist entscheidend wichtig, diskriminierende Vergütungssysteme und Praktiken zu eliminieren. Ebenso sollte eine Einstellungsänderung bei den zukünftigen Berufswahlentscheidungen der Studierenden angestoßen werden, indem Lehrkräfte und Bildungsgewerkschaften mit dem Know-how und den Instrumenten zur Förderung eines gendersensiblen Bildungsansatzes ausgestattet werden. Außerdem muss

---

<sup>1</sup> [EGBW Erklärung zu 'Bildung öffnen'](#).

<sup>2</sup> [EGBW - 10 Schlüsselbotschaften](#), Was ist notwendig, um die Qualität von Bildung in Europa zu verbessern?

<sup>3</sup> Die Empfehlungen des Ständigen Gleichstellungsausschusses des EGBW [2011](#) und [2014](#) sowie auch weitere neuere Initiativen, Richtlinien und Strategiepapiere zur Chancengleichheit, die von EGBW, EGB und anderen Interessengruppen auf EU-Ebene entwickelt wurden.

## Die Zukunft des Lehrberufs

die Lehrerbildung von Anfang an hinreichend auf Themen wie die durchgängige Anerkennung von gesellschaftlicher Vielfalt und Bekämpfung von Ungleichheit in der Bildung mit dem Blick auf die Entwicklung der Fähigkeit der Lehrkräfte zur Thematisierung von Vielfalt, Inklusion von MigrantInnen und Sonderpädagogik eingehen.

### **Ruft die europäischen Institutionen, Regierungen und Bildungsbehörden in Europa dazu auf,**

1. das Niveau der öffentlichen Bildungsinvestitionen auf allen Ebenen aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, um sicherzustellen, dass künftig allen eine qualitativ hochwertige Bildung als ein Menschenrecht und öffentliches Gut nachhaltig zur Verfügung steht.
2. das öffentliche Bildungswesen als Hauptbestandteil aller demokratischen Gesellschaften anzuerkennen. Die Bereitstellung kostenloser, qualitativ hochwertiger und allgemein zugänglicher öffentlicher Schulen fördert den sozialen Zusammenhalt und die Gleichstellung, was offensichtlich allesamt wichtige Faktoren für eine hochwertige Bildung sind. Bildungsdienstleistungen, die aus rein wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, unterminieren den Status des Bildungswesens als öffentliches Gut.
3. die Lehr- und Unterrichtsqualität durch Entwicklung hochwertiger und innovativer Lehreraus- und Weiterbildung und Anhebung der Unterrichtsstandards zu verbessern, insbesondere durch einen erweiterten pädagogischen Einsatz von IKT durch Erhöhung der Zahl qualifizierter und erfahrener Lehrkräfte auf diesem Gebiet und auch durch Einbeziehung von Lehrkräften in die Forschung zur Verbesserung der Lehr- und Unterrichtsqualität. Die neuen Technologien sollten als Ergänzung und nicht als Ersatz für Lehre und Unterricht in Klassenzimmer und Hörsaal dienen. Programme, die darauf ausgerichtet sind, IKT pädagogisch zu nutzen, sollten a) inklusiv sein, b) auf die Verbesserung von Zugang zu und Qualität von Bildung abzielen, c) die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte nicht verschlechtern, d) eine Komponente zur beruflichen Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte enthalten und e) die Curricula der verschiedenen Länder respektieren.
4. sicherzustellen, dass alle Lehrkräfte gleichen Lohn für gleiche Arbeit, eine angemessene Vergütung und eine Altersversorgung erhalten sowie adäquate, gesunde und sichere Arbeitsbedingungen, die denjenigen in anderen Berufen, die einen ähnlichen Grad an Qualifikationen erfordern, entsprechen. Dabei sollten die Regierungen der europäischen Länder die positiven Auswirkungen von Tarifverhandlungen und Tarifverträgen auf die gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und Qualität berücksichtigen.
5. Gewerkschaften als gleichwertige Partner im Hinblick auf zukünftige, den Bildungssektor betreffende Entwicklungen zu betrachten und ihnen eine permanente und zentrale Rolle in den europäischen Entscheidungsprozessen und bei der Gestaltung von Bildungspolitik im Rahmen des sozialen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene zuzuweisen.

### Die Zukunft des Lehrberufs

6. die akademische Freiheit der Lehrkräfte zu schützen und zu unterstützen, einschließlich der Möglichkeit einer professionellen Mitwirkung der Lehrkräfte bei der Festlegung einzelstaatlicher Curricula auf allen Bildungsebenen, sowie der Gewährleistung der professionellen Entscheidungsfreiheit bei der Umsetzung dieser Rahmenpläne in Lehre und Unterricht; diese Themen sind zentral insbesondere angesichts der wachsenden Besorgnis wegen einer Entprofessionalisierung des Lehrberufs und des zunehmenden negativen Einflusses kommerzieller Unternehmen, die Lehrpläne diktieren, z. B. durch frei zugängliche Online-Kursangebote, IKT und andere Internet-Anwendungen im Bildungsbereich.
7. sicherzustellen, dass bei den innovativen Veränderungen eine angemessene Balance gewahrt wird zwischen Bildungszielen wie einerseits dem Erlernen einer aktiven Teilnahme in der Demokratie, der Entwicklung der Fähigkeit zum kritischen Denken und andererseits der Vorbereitung auf das Berufsleben. Hier könnten aus verschiedenen Akteuren im Bildungssektor bestehende Partnerschaften (Multi-Stakeholder Partnerships in Education, MSPE) eine Antwort auf den zunehmenden Einfluss von Unternehmen auf das öffentliche Bildungswesen sein, wobei die Zusammenarbeit keiner vertraglichen oder kommerziellen Form unterliegen sollte. Dabei ist die wachsende Zahl an Freihandelsabkommen zu berücksichtigen, die potenziell den Spielraum der öffentlichen Politik einschränken und letztendlich den Druck hin zur Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Bildungswesens erhöhen könnten.
8. Strategien zu entwickeln für die institutionelle Unterstützung einer demokratischen Leitung von Schule und Universität.
9. Lehrkräfte und Bildungsgewerkschaften bei der Erstellung von Evaluierungssystemen für Lehrkräfte einzubeziehen. Schließlich sollen diese dazu dienen, Stärken und Entwicklungsbedarf der Lehrkräfte zu erkennen und nicht auf deren Abstrafung ausgelegt sein.
10. zu gewährleisten, dass alle Lehrkräfte eine Ausbildung und Zugang zu einer integrierten, kostenfreien und hochwertigen Grundausbildung auf Master-Niveau sowie eine Berufseinmündungsphase und die Möglichkeit zu kontinuierlicher beruflicher Fort- und Weiterbildung bekommen. Der Lehr- und Lernprozess kann nur erfolgreich sein, wenn die Lehrkräfte selbst gut ausgebildet sind, gut behandelt und respektiert werden und eine stabile Beziehung zu der Bildungseinrichtung, haben, in der sie tätig sind.

#### **Ruft das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen dazu auf,**

1. die europäischen Institutionen, Regierungen und Bildungsbehörden in Europa dazu anzuregen und sie dabei zu unterstützen, die Verwirklichung der oben genannten Ziele voranzutreiben.
2. unter Bildungsgewerkschaften sowie mit anderen bildungspolitischen Akteuren und in einer breiten Öffentlichkeit Initiativen und/oder Maßnahmen zu ergreifen, mit dem ehrgeizigen Ziel, den Lehrberuf im 21. Jahrhundert als einer hoch angesehenen, hervorragend



### *Die Zukunft des Lehrberufs*

ausgebildete Profession zu entwickeln, die gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verdient

3. die Zusammenarbeit mit anderen bildungspolitischen Akteuren auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu suchen und gemeinsam aktiv zu werden mit dem Ziel, den Lehrberuf des 21. Jahrhunderts entsprechend den Bedürfnissen des Lehrpersonals zu gestalten.
4. aktiv an Strategiedebatten und der Entwicklung von Strategien zum Thema Privatisierung von Bildung teilzunehmen. Die Überwachung und Analyse von Privatisierungsinitiativen und -trends auf nationaler, europäischer und globaler Ebene sind wichtige Aufgaben, die alle Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene in ihren jeweiligen Ländern wahrnehmen sollten.
5. sich soweit möglich aktiv für den sozialen Dialog, Tarifverhandlungen und Tarifverträge einzusetzen, die die Gehälter und Arbeitsbedingungen regeln.

#### **Die EGBW-Sonderkonferenz beschließt:**

**die Einrichtung einer EGBW-Arbeitsgruppe, die EGBW-Grundsätze für den Lehrberuf des 21. Jahrhunderts und die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien erarbeiten soll. Diese Grundsätze sollen auf der EGBW-Konferenz 2016 vorgestellt werden.**